



„Reach“-Protest (in München): Erbitterter Lobbyistenstreit um das 1200 Seiten starke Verwaltungsmonster

Umwelt

Kampf der Giftzwerge

Deos, Spielzeuge und Textilfarben enthalten Zehntausende von Chemikalien, über deren Gefährlichkeit kaum etwas bekannt ist. Kann die neue EU-Chemikalienverordnung Abhilfe schaffen?

Die Tester ließen die Neuwagen drei Stunden lang in der prallen Sonne stehen. Anschließend registrierten ihre Messgeräte Dutzende flüchtiger organischer Verbindungen in den Autos – darunter Formaldehyd und Benzol.

Die Reizstoffe gasten aus Lacken und Farben, aus Kunststoffen und Sitzbezügen. An der Innenseite der Frontscheiben schlugen sie sich gar als Giftfilm nieder. Experten nennen den Vorgang „fogging“.

Die Umweltorganisation Global 2000 ließ kürzlich die Raumluft sechs fabrikneuer Limousinen analysieren. Insgesamt 98 Chemikalien, „darunter auch ausgesprochen unerwünschte Stoffe“, fanden sich in den Wagen, so die Umweltschützer. Die Versuchsbedingungen seien praxisfern gewesen, wehrten sich dagegen die Autohersteller. Wahr ist: Wirklich einig sind sich selbst Experten nur bei den wenigsten der gefundenen Substanzen.

Rund 100 000 Stoffe verwendet die europäische Chemieindustrie und formt daraus segensreiche Konsumgüter wie Gummienten, Dämmstoffe, Dispersionsfarben oder Nachtcremes. Das Erstaunliche jedoch: Die meisten der Alltagschemikalien sind, obschon seit Jahrzehnten in Ge-

brauch, noch nie oder nicht ausreichend auf ihre Gefährlichkeit getestet worden.

In der Europäischen Union ist der Missstand spätestens seit 1981 bekannt, als eine Liste der sogenannten Altstoffe zusammengestellt wurde. Fast 25 Jahre später will in dieser Woche das EU-Parlament einen Vorschlag zur Neuordnung des europäischen Chemikalienrechts verhandeln. „Reach“ („Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals“) lautet das Kürzel des Projekts, das die Industrie verpflichten soll, Daten zur Unbedenklichkeit von Chemikalien mit einer Jahresproduktion von mehr als einer Tonne vorzulegen.

Ein 1200 Seiten starkes Verwaltungsmonster ist den Brüsseler Bürokraten aus der Feder geflossen. Die Erstversion legten der damalige Industriekommissar Erkki Liikanen und seine Umweltkollegin Margot Wallström bereits vor zwei Jahren vor. Seither tobt ein erbitterter Lobbyistenstreit um das Paragrafenwerk. Während die Chemieindustrie den Verlust Tausender Arbeitsplätze und den Untergang des eigenen Mittelstands prophezeit, warnen Umweltverbände vor Spermienchwund, Krebsgefahr und Muttermilchverseuchung.

In Berlin und Brüssel ließ der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland zipfelmützige „Giftzwerge“ aufmarschieren. Die designierte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) dagegen wirbt für einen industriefreundlichen Kurs. Vorige Woche setzte sie sich damit auch in der Koalitionsrunde durch. Der derzeitige Reach-Vorschlag müsse „mit dem Ziel verändert werden, die Chemikaliensicherheit zu verbessern, ohne dabei die Herstellung von Chemikalien zu verteuern oder ihre Anwendung zu behindern“, heißt es nun im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD. Tatsächlich ist



KOSMETIK



mögliche
INHALTSSTOFFE

- ▶ Weichmacher
- ▶ Moschusduftstoffe
- ▶ Biozide



vermutete
NEBENWIRKUNGEN

- ▶ Leberschäden
- ▶ Hautreizungen

Reach in seiner bisherigen Form kaum praktikabel. Die Grundidee des Mammutwerks jedoch gilt als Meilenstein der Chemikaliengesetzgebung. Bislang ist es Aufgabe der EU-Länder, den Herstellern die Umweltschädlichkeit ihrer Produkte nachzuweisen. Künftig jedoch sollen stattdessen die Produzenten Daten für die Harmlosigkeit der Substanzen vorlegen. Die Beweislastumkehr gilt als wegweisend, um gefährliche Chemikalien auszusondern. Einsparungen im Gesundheitsbereich von über 50 Milliarden Euro in den nächsten 30 Jahren erwartet die EU-Kommission. Doch der Preis für die Wirtschaft ist hoch: Über fünf Milliarden Euro könnte das Gesetzeswerk am Ende kosten.

30 000 Stoffe wären dem Kontrollsystem unterworfen und müssten künftig an eine neue Europäische Chemikalienagentur in Helsinki gemeldet werden. Reach verlangt, die Substanzen abgestuft nach Jahresproduktion verschiedenen Tests zu unterziehen. Je mehr von einem Stoff produziert wird, desto gründlicher soll er getestet werden. Das klingt einleuchtend – doch schon hier beginnt der Streit: Die Industrie hält die Abstufung nach Produktionsmenge für Unfug und will die Testanforderungen für zwei Drittel der Stoffe drastisch zusammenstreichen. Umweltverbände laufen gegen die „Verwässerung“ Sturm.

Tatsache ist: Europa hat das Problem der Altchemikalien bislang sträflich vernachlässigt. Der Verbraucher schmiert sich Chemikalien unter die Achseln und wäscht seine Unterhosen mit Substanzen, deren Langzeitwirkungen oft unbekannt sind.

So enthalten beispielsweise zahlreiche Kosmetika den Konservierungsstoff Imidurea, der im Verdacht steht, erbgutschädigend zu wirken. Farbstoffe etwa in T-Shirts oder Jeans müssen nach geltendem Recht nicht auf hautsensibilisierende Wir-

TEXTILIEN



mögliche
INHALTSSTOFFE

- ▶ Formaldehyd
- ▶ Dispersionsfarben
- ▶ Dioxine



vermutete
NEBENWIRKUNGEN

- ▶ Immunstörungen
- ▶ Allergien



JOSE LUIS PELAEZ / CORBIS

kung getestet werden, obwohl einige von ihnen Allergien auslösen sollen. Für Duftstoffe wie Lyrall oder Amberon, die tonnenweise in Reinigern und Parfums verwendet werden, liegen bis heute keine Daten zu möglichen fortpflanzungs- oder entwicklungsschädigenden Wirkungen vor.

Die Liste der Stoffe mit eklatanter Datenunsicherheit lässt sich fast beliebig fortsetzen. Was aber ist wirklich sinnvoll, um die Gefährlichkeit dieser Chemikalien abzuschätzen?

Aus rein toxikologischer Sicht gibt es auf diese Frage eine eindeutige Antwort. Relativ einfach lässt sich demnach klären, ob ein Stoff etwa die Haut reizt oder akut giftig ist. Ob Substanzen indes krebserregend sind, die Fruchtbarkeit beeinträchtigen oder ungeborenes Leben schädigen, können allein Langzeitstudien mit Tieren zeigen.

Zentral ist für die Forscher dabei der sogenannte No-Observed-Adverse-Effect-Level, jene Konzentration eines Stoffes, die auch nach wiederholter Gabe keinen Schaden anrichtet. Um diesen Wert zu ermitteln, werden Laborratten mindestens 28 Tage lang wiederholt mit verschiedenen Konzentrationen des fraglichen Stoffs traktiert, anschließend getötet und sezziert. Jene

Konzentration, bei der gerade noch keine Schäden in Organen und Geweben auftreten, ist der gesuchte Grenzwert. Aus Sicherheitsgründen und weil Mann nicht gleich Maus ist, wird er für den Menschen noch um den Faktor 100 verschärft.

„Ohne eine solche 28-Tage-Studie lässt sich nicht bewerten, ob ein Stoff wirklich gefährlich ist oder nicht“, sagt der Toxikologe Helmut Greim von der TU München. In einem Positionspapier zu Reach warnt der Forscher zusammen mit Toxikologen aus ganz Europa davor, die bislang ab einer Produktionsmenge von zehn Tonnen pro Jahr vorgesehenen Tierversuche weiter zusammenzustreichen. Doch wäre der Massentest am Labortier tatsächlich noch verhältnismäßig?

Eine ungewöhnliche Koalition aus Industrie und Tierschützern stemmt sich gegen umfassende Prüfungen: Während die Freunde der Laborratten sich über die drohende Massentötung von Versuchstieren empören, sind den Chemiefirmen langwierige Tierversuche schlicht zu teuer.

„Eine Reihe von Spezialchemikalien könnte vom Markt verschwinden, weil sich die Registrierung nicht lohnt“, sagt Manfred Ritz vom deutschen Verband der



OLAF JENTZSCH / IMAGO

SPIELWAREN

mögliche
INHALTSSTOFFE

- ▶ Phthalate
- ▶ Nitrosamine

vermutete
NEBENWIRKUNGEN

- ▶ **Fruchtbarkeitsstörungen**
- ▶ **Leber- und Nierenschäden**

Chemischen Industrie. Ritz schlägt vor, die Testanforderungen nicht an der Produktionsmenge zu orientieren, sondern daran, in welchem Umfang Arbeiter und Verbraucher mit den Substanzen in Berührung kommen. 30 bis 40 Prozent der Kosten könnten dadurch eingespart werden.

„Ich habe Bauchschmerzen, wenn Substanzen, mit denen nur ein paar Leute Kontakt haben, für 100 000 Euro getestet werden“, sagt auch Inge Mangelsdorf vom Fraunhofer-Institut für Toxikologie und Experimentelle Medizin in Hannover. Wie der Toxikologe Greim bekräftigt die Forscherin zwar, dass nur Tests wie die 28-Tage-Studie die Langzeitrisiken chemischer Substanzen wirklich erfassen können.

Gleichzeitig rät Mangelsdorf jedoch zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit. Gewiss müssten Substanzen, mit denen der Verbraucher direkt zu tun hat, genauestens untersucht werden. Bei einem Zwischenprodukt in einer Chemiefabrik, das nur von Facharbeitern gehandhabt werde, könnten jedoch andere Maßstäbe gelten.

Zudem warnt die Toxikologin davor, Industriechemikalien grundsätzlich zu verurteilen. „Umweltverbände vermitteln häufig den Eindruck, dass alle Chemikalien so

schlimm sind wie Dioxin – das ist aber Gott sei Dank ja nicht so.“

„Wir müssen die Risiken reduzieren, aber mit einem Restrisiko leben“, sagt Mangelsdorf. In anderen Lebensbereichen sei das doch auch nicht anders. Jeden Tag nehme der Mensch krebserzeugende Chemikalien beispielsweise als natürliche Bestandteile der Nahrung auf. Gleichzeitig würden die Leute „hysterisch“, wenn eine krebserregende Substanz „in Minimalmenge“ in einer Farbe enthalten sei. Zudem nehme jeder ohnehin ganz bewusst Risiken auf sich, etwa beim Autofahren.

Was bedeutet das alles für Reach? Im EU-Parlament deutet sich eine Mehrheit für einen industriefreundlichen Kompromiss an. Wann der EU-Ministerrat Position bezieht, war vergangene Woche noch offen. Die für Ende des Monats anberaumte Sitzung wurde auf Drängen Merkmals wegen der laufenden Regierungsbildung verschoben. Der endgültige Gesetzestext dürfte nicht vor 2007 fertig sein.

Die EU-Gremien müssen genau abwägen, welche Kosten sie den Chemieunternehmen aufbürden und welches Restrisiko sie den Verbrauchern weiterhin zumuten wollen. Umweltschützer und Mediziner

sorgen sich dabei vor allem um die Langzeitwirkungen der Substanzen und die Anreicherung der Stoffe in Mensch und Umwelt. Alle „verdächtigen Chemikalien“ sollten „zwingend“ durch unbedenkliche Stoffe ersetzt werden, heißt es in einer Stellungnahme des Standing Committee of European Doctors. Für „wissenschaftlich erwiesen“ halten die Ärzte den Zusammenhang zwischen Industriechemikalien und Krebs, Unfruchtbarkeit und Allergien. „Wir sind in einer ernstesten Situation“, warnt der französische Onkologe Dominique Belpomme. Rund 75 Prozent der Krebsfälle entstünden durch Mutationen, die durch Umweltfaktoren ausgelöst würden – „vor allem durch Chemikalien“.

Wie drängend das Problem der Altchemikalien tatsächlich ist, konnten 40 EU-Parlamentarier im vergangenen Jahr am eigenen Leib erfahren: Ein Cocktail von 76 verschiedenen synthetischen Substanzen fand eine vom World Wide Fund for Nature in Auftrag gegebene Studie im Blut der EU-Abgeordneten. In den Adern der Parlamentarier kreisten Rückstände von bromierten Flammschutzmitteln, Weichmachern, Fluorchemikalien und polychlorierten Biphenylen (PCB).

Die als krebserregend geltenden PCB machen besonders deutlich, warum Reach nicht auf die lange Bank geschoben werden sollte. Erste Hinweise auf die Giftigkeit der Stoffe tauchten bereits 1968 auf, als in einer japanischen Lebensmittelfabrik Reisöl mit PCB verseucht wurde und rund 2000 Menschen Hautveränderungen und schwere Organschäden erlitten.

Über 30 Jahre lang ließ die Welt den Substanzen anschließend Zeit, die Muttermilch zu kontaminieren und bis in den Speck der Robben am Nordpol vorzudringen. Weltweit verboten wurden die PCB erst im vergangenen Jahr. PHILIP BETHGE